

den sich entwickelnden neuen Strukturen, vor allem mit der sich abzeichnenden Pazifischen Gemeinschaft, abfinden? Wird die Frage also auf lange Sicht lauten müssen: "Asien: China o d e r Japan", oder aber wird man feststellen können, daß China u n d Japan eines Tages an

- (1) Hermann Kahn "Bald werden sie die Ersten sein - Japan im Jahre 2000", Wien-München-Zürich 1970 D.323. Die dort abgedruckte Tabelle wurde einer Publikation der Mitsui & Co. Stahlwerke vom 24.1.1970 entnommen.
- (2) Spiegel 1971 Nr.48 S.126
- (3) FEER 1.7.72 S.15; zum Tjumen-Projekt
- (4) Ebenda
- (5) David I. Hitchcock jr. "Joint development of Siberia: Decision-Making in Japanese-Soviet Relations" in: Asian Survey 1971 S.281
- (6) CSM 12.8.72
- (7) PRu 1972 Nr.7 S.17 f.
- (8) FEER 4.3.72 S.27
- (9) PRu 1971 Nr.26 S.14 ff.
- (10) PRu 1971 Nr.19 S.15 f.

einem Strang ziehen? Käme es zu einer solchen Zusammenarbeit, so wäre dieses Ergebnis nicht aufgrund geopolitischer Determinanten zustande gekommen, sondern aus pragmatischen Erwägungen, die sich im Zuge der ideologischen Konvergenz einstellen. we

- (11) Vgl. Näheres dazu im September-Heft THEMA Wirtschaft - Japan
- (12) C.a. Mai 72 S. 19 ff.
- (13) Hierzu Joachim Glaubitz "Japan im Schatten der amerikanisch-chinesischen Kontakte", Europa-Archiv 1972 S.101-110 (109)
- (14) William Lange "Japan im neuen Pazifischen Zeitalter", Außenpolitik 1970 S.239-247 (245 f.)
- (15) Zu weiteren möglichen nationalen Zielen vgl. Hermann Kahn a.a.O. S.343 ff.
- (16) FEER 15.5.1971 S.15 f.
- (17) PRu 1970 Nr.36 S.4 ff., 1970 Nr.45 S.13 ff.
- (18) Hermann Kahn a.a.O. S.262
- (19) Zu weiteren falschen Prämissen Kahns vgl. a.a.O. S.344c Nr.5, S.252 Abs.3
- (20) Außenpolitik 1971 S.725-734 "Auf dem Wege zu einer neuen Pentarchie"

## DER ANNÄHERUNGSPROZESS JAPAN - VR CHINA

### Startpunkt: drei Verträge

"Die beiden vertragschließenden Parteien verpflichten sich, gemeinsam alle ihnen zur Verfügung stehenden notwendigen Maßnahmen zu treffen, um eine Wiederholung der Aggression und eine Verletzung des Friedens seitens Japans oder irgendeines anderen Staates, der sich mit Japan unmittelbar oder mittelbar zu Aggressionsakten verbinden sollte, zu verhindern." (1)

Dieser Satz aus Artikel I des "Vertrags zwischen der Volksrepublik China und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Freundschaft, Bündnis und gegenseitigen Beistand" (unterzeichnet am 14.2.1950) gibt einen Hinweis auf die durch die Kriegserfahrungen geprägte Einstellung der Regierung in Peking gegenüber Japan kurz nach der Gründung der VRCh.

Wenn sich auch dieser Vertrag infolge der politischen Entwicklung seit 1958 überlebt hat, so sind doch die chinesischen Ängste gegenüber einem japanischen Militarismus nicht gewichen; sie wurden während der jetzt zu Ende gegangenen Ära Sato wieder aufgerührt, vor allem durch die selbstbewußtere Außenpolitik der Japaner seit der berühmten Rede Satos vom Januar 1969 zur Außenpolitik Japans.

Als ein weiterer Vertrag, der einer raschen positiven Entwicklung des VRchinesisch-japanischen Verhältnisses nach dem Kriege entgegenstand, ist der Friedensvertrag von San Francisco (unterzeichnet am 8.9.1951) anzusehen, der von 48 Staaten, aber weder von der VRCh noch von der Sowjetunion unterzeichnet worden ist.

Im Gefolge dieses Vertrages, der am 28.4.1952 in Kraft trat, unterzeichnete Japan mit der Republik China auf Taiwan einen separaten Friedensvertrag, der ebenfalls am 28.4. abgeschlossen wurde. Der damalige Ministerpräsident, Shigeru Yoshida, gibt folgende Überlegungen, die ihn bei der Frage beschäftigten, welches China er zum Signatarstaat eines chinesisch-japanischen Friedensvertrages wählen sollte, in seinem Buch "Japans Decisive Century" (2) wieder:

Mit dem Eintritt chinesischer Bodenstreitkräfte in den Koreakrieg seien die USA besonders empfindlich geworden gegen jede Annäherung eines Staates der "freien Welt" an die VRCh. Es sei daher für Japan unerlässlich geworden, vor Ratifizierung des Friedensvertrages von San Francisco durch den US-Senat verbindlich zu erklären, daß nur ein Friedensvertrag mit der Republik China von Japan unterzeichnet werden würde.

Obwohl das Hoheitsgebiet der Regierung Chiang Kai-sheks eng begrenzt gewesen sei, so sei es doch diese nationalchinesische Regierung gewesen, mit welcher sich Japan seit Juli 1937 im unerklärten Kriegszustand befunden habe; dieses China sei ein einflußreiches Mitglied der Vereinten Nationen gewesen, und Japan hätte überdies die freundliche Haltung dieser Regierung gegenüber Japan nach dem Kriege nicht übergehen können.

Andererseits sollte Japan aber, nach Yoshidas Aussage, die Möglichkeit behalten, Kontakte mit

Peking zu pflegen. Zwar seien damals die Beziehungen zwischen der UdSSR und der VRCh noch sehr gut gewesen, jedoch habe man voraussehen können, daß die Interessen dieser beiden Staaten aufgrund der Verschiedenheit im kulturellen Erbe und im Nationalcharakter schließlich in Konflikt geraten würden. Daher wollte Yoshida die zu dieser Zeit bereits bestehenden, wenn auch unbedeutenden Kontakte nicht unterbinden.

Der Friedensvertrag von San Francisco wurde vor und nach seinem Abschluß heftig von der VRCh kritisiert. Chou En-lai ließ am 15.8.1951 eine Verlautbarung veröffentlichen, in welcher festgestellt wurde, daß der geplante Friedensvertrag

- a) internationales Recht verletze und daher nicht anerkannt werden könne,
- b) abzulehnen sei, weil er die Sowjetunion und die VR China ausschließe (hierbei wird besonders darauf hingewiesen, daß China die längste Zeit den Abwehrkrieg gegen Japan zu führen hatte),
- c) Taiwan nicht an die VRCh zurückgegeben werde,
- d) das Wiederaufleben des japanischen Militarismus durch den Vertrag nicht verhindert, sondern gefördert werde,
- e) der Einfluß der USA auf Japan begünstigt werde,
- f) die Frage der Reparationen nicht zufriedenstellend gelöst werde.

(Japan solle zwar, so Chou En-lai, eine gesunde Wirtschaft entwickeln können, jedoch dürfe das Recht der im Krieg von Japan geschädigten Staaten auf Reparationen nicht ausgeschlossen werden. (3))

Dieser Verlautbarung des Außenministers folgte ein offener Brief des in Japan sehr geschätzten Kuo Mo-jo an das japanische Volk (4), in welchem dieses aufgefordert wurde, den Vertrag zu bekämpfen.

Die Inkraftsetzung des Vertrages von San Francisco und der Abschluß des Friedensvertrages mit Taipei forderten eine Erklärung von Chou En-lai heraus (5), in welcher die bereits früher gegen den Vertrag von San Francisco erhobenen Vorwürfe nochmals aufgenommen werden. Besonders wird darauf verwiesen, daß Japan dadurch in Abhängigkeit von den USA gerate, daß es, in Verbindung mit den "Kuomintang-Reaktionären auf Taiwan", ein militärisches Bündnis gegen die VR China eingehe.

Bzüglich des Friedensvertrages mit der Republik China wird darauf hingewiesen, daß dieser Vertrag eine bewaffnete Invasion der VRCh vorbereite und daß er gegen den Willen der Mehrheit des japanischen Volkes abgeschlossen worden sei. Der Vertrag werde von der VR China als null und nichtig angesehen und sei eine offene Beleidigung und ein Akt der Feindseligkeit gegen China.

Die hier etwas ausführlich angesprochenen Dokumente enthalten bereits einen großen Teil der politischen Forderungen, Erwartungen und

Mittel, die bis in die gegenwärtigen Verhandlungen um Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der VR China und Japan hineinwirken. Hierzu sind zu zählen von chinesischer Seite:

die Forderung, den Friedensvertrag mit der Republik China zu annullieren, die Bekämpfung des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrages, die Unterscheidung zwischen der japanischen Regierung und der (in chinesischen Augen) dieser Regierung entgegenstehenden Volksmeinung, um diese Spaltung für die sog. "Volksdiplomatie" auszunutzen;

von japanischer Seite:

die Bindung an den einmal abgeschlossenen Vertrag, der Wunsch, mit beiden "China" gute Beziehungen zu unterhalten, Politik und Wirtschaft in den Beziehungen mit der VR China voneinander zu trennen, offizielle Kontakte mit der VRCh zu meiden, um das Verhältnis zu den USA nicht zu trüben.

Beide Seiten gehen die Problematik also auf zwei Ebenen an; die VRCh lehnt das offizielle Japan ab, sucht aber den Kontakt mit zugänglichen Teilen der Bevölkerung. Japan kann das offizielle Festlandchina nicht anerkennen, sucht aber den Kontakt so weit aufrechtzuerhalten, bzw. zu fördern, daß ein möglichst maximaler Handel mit der VRCh möglich wird.

Obwohl die beiden Friedensverträge das Verhältnis VR China - Japan entscheidend belastet haben, konnte Yoshida dennoch eine Grundlage für einen späteren Ausgleich mit der VR China schaffen, wenn er im Friedensvertrag mit der Republik China den Geltungsbereich dieses Vertrages auf die Jurisdiktion dieser Regierung beschränkte und in einem Brief an John Foster Dulles feststellte, daß Japan es als sein Ziel betrachte, gute Beziehungen zu seinem Nachbarn China zu unterhalten. Er weist zudem in diesem Brief noch einmal ausdrücklich darauf hin, daß der Sitz der Republik China in der UNO wesentlichster Gesichtspunkt für die Wahl zum Signatarstaat gewesen sei.

Bei ihrer weiteren Politik war es das Ziel der VRCh, zwischen Japan und die USA einen Keil zu treiben unter Ausnutzung der Möglichkeiten der "Volksdiplomatie". Das Image der VRCh in Japan sollte durch Entgegenkommen gegenüber populären Forderungen - etwa die Freilassung japanischer Kriegsgefangener - und durch den positiven Eindruck, den japanische Besucher mit nach Japan zurückbringen würden, verbessert werden. Auf japanischer Seite kam dem entgegen das Schuldgefühl gegenüber dem bekämpften China, die Abneigung der japanischen Linken gegen die USA und - wenn auch zeitlich erst später - dem japanischen Selbstbewußtsein, das eine unabhängige japanische Politik verlangte. Diese psychologischen Faktoren, die auf einen Ausgleich mit dem eigentlichen China drängten, sollten neben den in den Beziehungen der beiden

Staaten in den Vordergrund gerückten wirtschaftlichen Beziehungen nicht vergessen werden. Freilich darf man die Erfolge der "Volksdiplomatie" nicht allzu hoch ansetzen. Die weltpolitische Lage zwang Japan unerbittlich, an der Bindung zu den USA festzuhalten. Die Förderung politischer Ziele durch die Volksdiplomatie - zu welcher auch die Handhabung des Außenhandels der VRCh mit Japan gehörte - konnte erst nach den weltpolitischen Veränderungen des Jahres 1971 erfolgreich sein, also in Übereinstimmung mit den nun veränderten Bedingungen japanischer Außenpolitik.

#### Die Entwicklung unter den verschiedenen japanischen Ministerpräsidenten

##### YOSHIDA

Die heftigen Angriffe gegen die Regierung Yoshida, in Verbindung mit den beiden 1951 abgeschlossenen Friedensverträgen, verhinderten es nicht, daß bereits 1952 das erstinoffizielle Handelsabkommen zwischen den beiden Staaten abgeschlossen wurde (6) und die VR China die Repatriierung der in China befindlichen Japaner am 12.3.52 ankündigte. Noch in den Zeitraum der Regierung Yoshida fällt die "Chinesisch-sowjetische gemeinsame Erklärung zu den Beziehungen mit Japan". Gegenüber der schroffen Abwehrtstellung der beiden Staaten gegenüber Japan in dem "Vertrag über Freundschaft, Bündnis und gegenseitigen Beistand" von 1950 stellte diese "Erklärung" eine eher freundliche Geste dar. Zwar wird der Friedensvertrag von San Francisco und die Stationierung amerikanischer Truppen heftig verurteilt, beides wird jedoch als eine Machenschaft der USA zum Nachteil Japans angesehen. Das Verhältnis der Sowjetunion und der VRCh gegenüber Japan solle hingegen in Zukunft auf der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsform begründet sein. Beide Staaten treten ein für die Entwicklung - zu wechselseitig günstigen Bedingungen - ausgedehnter Handelsbeziehungen und für die Errichtung enger kultureller Beziehungen mit Japan (7). Diese neue Konzilianz gegenüber Japan wird mit dem seit den Genfer Verhandlungen gestiegenen Selbstbewußtsein der Volksrepublik China begründet sowie mit der veränderten Lage nach dem Tode Stalins und der Einsicht der Regierung in Peking, daß die gewaltsamen Methoden der KP in Japan keinen Erfolg versprochen (8). Die japanische Regierung reagierte hierauf allerdings nicht.

##### HATOYAMA

Ichiro Hatoyama übernahm im Dezember 1954 die Ministerpräsidentenschaft. In seiner Regierungserklärung versicherte er, daß Japan im Sinne des Friedens und des Wohlstandes in der Welt bereit sei, mit allen Staaten, die dies wünschten, diplomatische Beziehungen zu unterhalten. Eingeschränkt wurde diese Erklärung allerdings dadurch, daß die guten Beziehungen zu den USA Grundpfeiler der japanischen Außenpolitik blei-

ben mußten (9). Speziell zum Außenhandel mit der UdSSR und der VRCh mußte kabinettintern die Differenz zwischen Hatoyama und seinem Außenminister, Mamoru Shigemitsu, durch eine gemeinsame Erklärung bereinigt werden, in welcher festgestellt wurde, der Handel mit diesen beiden Staaten sei so weit auszudehnen, wie es die guten Beziehungen zu den USA erlaubten (10). Generell standen die Beziehungen zu der Sowjetunion für die Regierung Hatoyama im Vordergrund. Hier konnte durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen - freilich unter Aufschub eines Friedensvertrages, für welchen Verhandlungen schließlich erst in diesem September aufgenommen werden sollen - ein Erfolg verzeichnet werden (11). Mit der VRCh wurden unter der Regierung Hatoyama ein drittes Handelsabkommen und ein Abkommen über die strittigen Fischereifragen (12) abgeschlossen; der Austausch von Besuchern und der Außenhandel stiegen während seiner Regierungsperiode beträchtlich an. Sein Versuch jedoch, auf einer Zwei-China-Basis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der VRCh zu kommen, wurde sowohl von Peking (13) als auch von Taipei (14) heftig abgelehnt.

Trotz nicht unbedeutender Gesten Chou En-lais und der Regierung in Peking wie z.B. der Freilassung japanischer Kriegsverbrecher und trotz der in Genf von den jeweiligen Konsulaten aufgenommenen Vorverhandlungen scheiterte damals der Versuch, die diplomatischen Beziehungen aufzunehmen. Ursächlich dafür waren die Bindung Japans an die USA und die Taiwanfrage.

##### KISHI

Auf Tanzan Ishibashi (Ministerpräsident vom 24.12.56 - 25.2.57), der eine Annäherung Japans an die UdSSR und die VRCh befürwortete, folgte Nobusuke Kishi als Ministerpräsident. Bei einer Rede vor dem Nationalen Presse-Club in Washington, die er anlässlich seines Besuches bei Eisenhower am 21.6.57 hielt, erläuterte er die Haltung seiner Regierung gegenüber der VRCh folgendermaßen:

"Japan möchte seinen Handel mit dem kommunistischen China erweitern, aber nur auf eine Weise, welche die Solidarität und Sicherheit der freien Welt nicht schwächt. Als ein freies Land hat und wird Japan die internationale Kontrolle über die Verschiffung von strategischen Gütern nach dem kommunistischen China strengstens beachten. Wir erwarten lediglich, daß diese Einschränkungen praktikabel und vernünftig gemacht werden. Es ist reine ökonomische Notwendigkeit, welche Japan dazu zwingt, verstärkten Handel mit Festlandchina zu suchen. Was eine Anerkennung anbelangt, so hat Japan zur Zeit keine entsprechende Absicht und wird nicht handeln, es sei denn in den und durch die Vereinten Nationen." (15)

Prinzipiell unterscheidet sich diese Haltung nicht von der Yoshidas oder Hatoyamas, die beide ebenfalls die guten Beziehungen zu den USA als essentiellen Bestandteil ihrer Außenpolitik

betrachteten und versuchten, Politik und Handel zu trennen. Dennoch hatte Yoshida die Hoffnung auf eine Annäherung an die VRCh aufrechterhalten, Hatoyama sogar aktiv - wenn auch vergeblich - versucht, Beziehungen mit beiden China für Japan möglich zu machen. Unter Hatoyama war es schon einmal zu einer "Anerkennungswelle" in der öffentlichen Meinung gekommen, ähnlich wie das heute zu beobachten ist. Die öffentliche Geringschätzung einer solchen Anerkennung durch Kishi mußte also eine erneute Abkühlung im Verhältnis der beiden Staaten zur Folge haben. Entgegen der Absicht Kishis, den Export zu steigern und die Anerkennungsfrage liegen zu lassen, ist ein Rückgang des Außenhandels während seiner Amtszeit zu beobachten. Die Exporte Japans in die VRCh fielen von dem unter Hatoyama im Jahre 1956 erreichten Höhepunkt von 24 Mrd. Yen kontinuierlich ab, bis sie im letzten vollen Amtsjahr Kishis nur noch 9 Mrd. Yen betragen. Die Importe aus der Volksrepublik betrugen 1956 30 Mrd. Yen, 1960 waren es noch 7,4 Mrd. (16).

Anlaß für die Einschränkung des japanisch-chinesischen Handels war die mangelnde Bereitschaft der Regierung Kishi, sich in ausreichender Weise für den Flaggenzwischenfall von Nagasaki (anlässlich einer VRChinesischen Briefmarkenausstellung war eine Fahne der VRCh heruntergeholt und zerstört worden; 2.5.1958) zu entschuldigen. Die Tendenz zur Abkühlung der Beziehungen hatte sich jedoch bereits dadurch gezeigt, daß die Verhandlungen um die Verlängerung des inoffiziellen 4. Handelsabkommens am 4.11.1957 abgebrochen wurden und erst am 5.3.1958 zu einem Ende gebracht werden konnten. Die Beziehungen Japans zur VRCh wurden während der Amtszeit Kishis auch durch den Abschluß eines revidierten Sicherheitsvertrages wesentlich belastet. Der Vertrag wurde am 19.1.1960 von Kishi und Herter unterzeichnet (17). Er war in der japanischen Öffentlichkeit heftig umstritten und wurde von Peking als aggressives Militärbündnis gegen die VRCh abgelehnt (18).

Die politische Reaktion der VRCh auf die Haltung Kishis war die Formulierung der drei Prinzipien für die Beziehungen zwischen Japan und der VRCh. Sie wurden am 7.7.1958 als Leitartikel der JMJP veröffentlicht. Darin heißt es:

"Wenn die Regierung Nobusuke Kishi damit fortfährt, 1) das chinesische Volk als Feind anzusehen, 2) vorschlägt, 'zwei China' zu schaffen, und 3) die Herstellung offizieller Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu verhindern, dann hat das Kabinett Kishi die volle Verantwortung dafür zu tragen, wenn der Verkehr zwischen den beiden Staaten völlig unterbrochen wird." (19)

In positiver Formulierung sind diese "3 Prinzipien für die Beziehungen zwischen Japan und der VRCh" seither zum Ausgangspunkt der gegenseitigen Beziehungen geworden. (19)

## IKEDA

Nach Ratifizierung des Sicherheitsvertrages mit den USA folgte Hayato Ikeda Ministerpräsident Nobusuke Kishi im Amt. Im Verhältnis zu China änderte sich dadurch prinzipiell wenig. Die Haltung der VRChinesischen Regierung gegenüber Ikeda war zunächst abwartend. Deutlich wird diese Haltung in Chou En-lais Erklärung über die "3 Prinzipien des chinesisch-japanischen Handels", in welcher zugleich nochmalige Kritik an der chinafeindlichen Haltung Kishis geübt wird.

Über den Japanhandel sagt Chou darin folgendes: (20)

"China und Japan haben in der Vergangenheit Abkommen zwischen privaten Organisationen abgeschlossen in der Hoffnung, daß solche Abkommen dem chinesisch-japanischen Handel dienlich seien. Während der Kishi-Periode erwies sich diese Methode als unbrauchbar. Nobusuke Kishi wollte die Durchführung solcher privater Abkommen weder anerkennen noch sicherstellen. Darüber hinaus torpedierte er sie durch seine feindselige Haltung gegenüber China. Dieses Verhalten konnten wir nicht ertragen und mußten daher die chinesisch-japanischen Handelsgeschäfte für über zweieinhalb Jahre suspendieren.

Wenn der chinesisch-japanische Handel schrittweise entsprechend den Wünschen des chinesischen und des japanischen Volkes wiederaufgenommen werden könnte, so wäre dies zum Vorteil der Völker beider Länder. Jedoch müssen wir noch einige Zeit abwarten, um zu sehen, wie tatsächlich die Haltung der Regierung Ikeda sein wird.

Nun wenden wir die 3 Prinzipien an, nämlich

- 1) Regierungsabkommen,
- 2) Private Kontrakte,
- 3) Besondere Berücksichtigung von Einzelfällen."

Da die japanische Regierung bisher aufgrund der bekannten Taiwan-Problematik nicht in der Lage war, die von Chou En-lai als Voraussetzung für Regierungsabkommen (Punkt 1 der 3 Prinzipien) genannten Bedingungen, nämlich die "3 Prinzipien für die Beziehungen zwischen Japan und der VRCh" zu erfüllen, konnte es bis heute nicht zu Regierungsabkommen zwischen den beiden Staaten kommen. Zu den weiteren zwei Prinzipien erklärte Chou En-lai, daß der zukünftige Handel zwischen beiden Ländern über kurzfristige Firmenverträge erfolgen solle. Die "Zulassung" zu derlei Handelsbeziehungen solle über Empfehlung der Firma durch die "Vereinigung zur Förderung des japanisch-chinesischen Handels" in Tokyo an den "Chinesischen Rat für die Förderung des Internationalen Handels" erfolgen. Im Falle "Besondere Berücksichtigung in Einzelfällen" soll die "Allchinesische Föderation der Gewerkschaften" zuständig sein.

Auf der Grundlage dieser "3 Prinzipien des chinesisch-japanischen Handels" konnte sich der japanische Export in die VRCh von 1960 bis 1964 auf das 55fache erweitern; die Importe erweiterten sich im selben Zeitraum um das 11fache. Peking ließ sich an dieser Erweiterung des Handels mit Japan nicht durch die offizielle,

amerika- und taiwanfreundliche Politik Tokyos hindern, auch nicht nach dem Jahre 1964, in welchem noch unter Ikeda der "Yoshida-Brief" an Chiang Kai-shek durch den früheren Ministerpräsidenten Shigeru Yoshida persönlich überreicht wurde (am 7.5.64).

Die positive Entwicklung des Handels zwischen den beiden Staaten in der Ära Ikeda war nicht nur auf die im Vergleich zu Kishi interessiertere Haltung Ikedas gegenüber Peking zurückzuführen. Weltpolitische Veränderungen wie der völlige Bruch mit der UdSSR, die Anerkennung Pekings durch Frankreich und der zunehmende Handel westeuropäischer Staaten mit der VRCh trugen ebenfalls dazu bei. Hinzu kommen noch die miserablen Ernten der Jahre 59/61, die wirtschaftlichen Druck auf die VRCh ausübten.

Diese Veränderungen hatten das chinesische Interesse an einem wieder zunehmenden Handel mit Japan geweckt und die Formulierung einer "Brücke" für die Japaner (die 3 politischen Prinzipien und die 3 Handelsprinzipien) von chinesischer Seite her sinnvoll erscheinen lassen. Die japanische Wirtschaft war ihrerseits durch die westeuropäischen Exporte alarmiert und veranlaßte Ikeda, Schritte zur Ausdehnung des Handels zu unternehmen. Ergebnis der Initiativen beider Seiten war der LT-Memorandum-Handel (in Peking unterzeichnet am 9.11.62).

Ausgehandelt von Liao Cheng-chih und Tatsunosuke Takasaki (daher LT) verzichtete dieses halbamtliche Abkommen auf den in den vier inoffiziellen Handelsabkommen angewandten Tauschhandel in drei Gruppen und versuchte statt dessen, über eine Periode von 5 Jahren zu einer ausgeglichenen Bilanz zu kommen.

Der Handel über "freundliche Handelsfirmen" hatte für beide Seiten seine Nachteile gezeigt. Die großen japanischen Firmen waren dadurch nur über Scheinfirmen am China-Geschäft beteiligt, sie konnten sich gegenüber den chinesischen Unterhändlern nur wenig durchsetzen. Andererseits konnten die Chinesen aber auch nicht die vollen Möglichkeiten des japanischen Angebots ausnützen.

Der wesentliche Inhalt des Abkommens bestand aus drei Punkten:

- a) Die Fünfjahresperiode sollte 1963 beginnen. Ein beiderseitiges Handelsvolumen von 50 Mrd. Yen sollte erreicht werden;
- b) China sollte Kohle, Eisenerz, Soyabohnen, Getreide, Salz etc. exportieren; Japan sollte Stahl (einschließlich Spezialstahl), chemische Düngemittel, landwirtschaftliche Chemikalien, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte sowie Fabrikaurüstungen liefern.
- c) Die Bedingungen für die Stundung von Zahlungen oder für Vorauszahlungen der VR China für japanische Exporte sollten in einem gesonderten Abkommen festgelegt werden (21).

Ergebnis dieses Abkommens war eine annähernd jährliche Verdoppelung des Handelsvolumens zwischen beiden Staaten, wobei allerdings auch

der Handel über "freundliche Firmen" stark beteiligt war und vom gesamten Handelsvolumen zunächst 53,7% (1963) und schließlich 72,3% (1967) absorbierte (22).

Die starke Stellung der "freundlichen Firmen" entspricht den Intentionen Pekings und ist Teil der "Volksdiplomatie", die im übrigen während der Ära Ikeda parallel zum Außenhandel einen kräftigen Aufschwung nahm.

#### SATO

Am 9. November 1964 wurde das erste Kabinett Sato aufgestellt. Satos Äußerungen während seiner ersten Regierungstage wurden von Peking kritisch beobachtet, und bereits am 21.11. stellte Jen-min jih-pao fest, daß der Wechsel von Kishi zu Sato für die Beziehungen zwischen den beiden Ländern negativ gewesen sei, da Sato sich einseitig den USA annäherte, während er die VRCh als Feind betrachte. Wie noch aus den Kommentaren zu den letzten Äußerungen Satos zu Beginn dieses Jahres aus Peking ersichtlich ist, hat sich diese negative Beurteilung Satos durch die Regierung in Peking bis zum Abtritt Satos von der politischen Bühne nicht mehr geändert. Trotz dieser Haltung gegenüber dem japanischen Ministerpräsidenten erlitt der beiderseitige Handel keinen tiefen Einbruch während der Periode Sato wie während der Periode Kishi. Im Gegenteil, das Außenhandelsvolumen nahm beträchtlich zu. Auch volksdiplomatisch ist keine negative Reaktion auf Peking festzustellen, reisten doch 1965 doppelt so viele Japaner (3806) in die VRCh wie im letzten Regierungsjahr Kishis. Lediglich die Zahl der nach Japan einreisenden Volkschinesen nahm nach 1966 rapide ab (23), was aber auf die Ereignisse der Kulturrevolution zurückgeführt werden muß. (24) Diese veränderte Reaktion der chinesischen Seite muß auf die selbstbewußtere Anwendung und Ausnutzung der Volksdiplomatie aufgrund der 3 politischen und der 3 handelspolitischen Prinzipien zurückgeführt werden.

Als Auftakt zu einer "goodwill-tour" nach Südostasien besuchte Sato vom 7.-9. September 1967 Taiwan. Das hierzu veröffentlichte Komunique spricht von der Förderung der beiderseitigen Freundschaft und des Verständnisses, geht aber nicht auf die Chinafrage ein. Dieser Verzicht von seiten Taipeis zu Gunsten Japans beruht auf dem Beharren der Japaner, bei ihren Beziehungen mit der VRCh Politik und Wirtschaft von einander zu trennen. (Vgl. JT 10.9.67, S.4). Dennoch war die Reise Satos von Angriffen aus der VRCh und der japanischen Linken begleitet. Sie wirkte sich auch auf die Verhandlungen um die Verlängerung des LT-Handels aus, die erst verspätet aufgenommen werden konnten und bei welchen die VRCh bedeutende politische Eingeständnisse von den japanischen Unterhändlern verlangte und erhielt. Das neue halbamtliche Handelsabkommen wurde erst am 6.3.1968 unterzeichnet. Im politischen Teil wurde festgehalten, daß die Unter-

zeichneten die "3 politischen Prinzipien" und die Untrennbarkeit von Politik und Wirtschaft in bezug auf die japanisch-VRchinesischen Beziehungen unterstützten. Von chinesischer Seite wurde in dem Kommuniqué darüber hinaus festgehalten, daß "... alle Hindernisse bei den chinesisch-japanischen Beziehungen durch den US-Imperialismus hervorgerufen worden sind und durch die chinafeindliche Politik der japanischen Regierung" (JT 7.3.1968, S.4). Das gemeinsame Außenhandelsvolumen soll auf 100 Mio. US Dollar festgelegt worden sein. Der tatsächliche Umfang belief sich - unter Ein-schluß des Handels mit "freundlichen Firmen"- auf 549 Mio. US Dollar.

Der politische Druck verstärkte sich beim Abkommen für 1969, in dem zusätzlich die "Zwei-China-Politik", der Friedensvertrag mit der "Chiang Kai-shek Clique" und der japanisch-amerikanische Sicherheitsvertrag verurteilt wurden. Noch schärfer war das Abkommen für 1970, in welchem auch noch "die Wiederbelebung des japanischen Militarismus" als ernstes Faktum bezeichnet wurde (25). Die Verurteilung des japanischen Militarismus ist auf das Sato-Nixon Kommuniqué vom 21.11.1969 zurückzuführen, in welchem Südkorea und Taiwan in die japanische Sicherheitszone mit einbezogen werden (ein Angriff auf diese Gebiete würde den US-japanischen Sicherheitsvertrag wirksam werden lassen).

Im Zusammenhang mit dem Abschluß des MT-Handelsabkommens erklärte Chou En-lai (am 15.4. gegenüber den Vertretern der "freundlichen Firmen" und am 19.6. gegenüber einer LDP-Delegation unter dem früheren Außenminister Aichiro Fujiyama, JT 17.-21.4.) die heute als "die 4 Prinzipien Chou En-lais für den Handel mit japanischen Firmen" bekannten Grundsätze, nämlich daß die VRCh keinen Handel treiben wird mit Firmen, die

- 1) Taiwan oder Südkorea unterstützen,
- 2) in Taiwan oder Südkorea investieren,
- 3) Waffen liefern für Kriege der USA in Vietnam, Laos und Kambodscha,
- 4) mit amerikanischen Firmen kooperieren.

Gleichzeitig äußerte er, daß die VRCh nicht mit einem Kabinett Sato zusammenarbeiten könne, da dieser gegenüber China eine feindselige Haltung eingenommen habe.

Durch die "4 Prinzipien" wurde die japanische Industrie zunächst schockiert. Bald jedoch erwies sich die Wirksamkeit dieser Chou'schen Formel, indem in zunehmendem Maße japanische Firmen diese Formel offiziell akzeptierten, um zum Chinahandel zugelassen zu werden. Chou hatte zu diesem Zeitpunkt wohl erkannt, daß durch die "Volksdiplomatie" das Ansehen der VRCh und der Wille der Japaner, mit dieser VRCh gute Beziehungen zu unterhalten, ausreichend gestiegen waren, um damit politische Forderungen durchzusetzen. Getestet hatte er diese Möglichkeit durch die politischen Forderungen in den früheren Abkommen zum MT-Handel. Die "4 Prinzipien" waren denn auch Bestandteil des MT-Handelsabkommens für 1971. Sie ersetzen die "3 Prinzipien für den Handel mit Japan".

Als 1971 durch den Nixon-Schock, den Dollar-Schock und die Aufnahme der VRCh in die UNO das Verhältnis Tokyo-Washington gestört und die weltpolitische Lage weitgehend zu Gunsten Pekings verändert worden war, hatte die VRCh ihre Forderungen an einen auf Sato folgenden Ministerpräsidenten bereits mit den "3 politischen Prinzipien" und mit den neuen "4 Prinzipien" aufgestellt. Die Erklärung, mit Sato nicht verhandeln zu können, trug ihr Teil zu dessen Rücktritt bei, war jedoch nur eine unter mehreren Kräften, die auf die Vertretung einer neuen Politik durch einen neuen Mann drängten. ha

- 1) Artikel I, Satz I; cit.: Verträge der Volksrepublik China mit anderen Staaten; Teil 5: Verträge mit kommunistischen Staaten. Bearbeitet von Oskar Weggel und Wolfgang Mohr. Schriften des Instituts für Asienkunde, Bd. XII/5; Wiesbaden (Harrassowitz) 1971, S.354-355.
- 2) Shigeru Yoshida: Japans Decisive Century, 1867-1967. New York (Praeger) 1967; S.84-87.
- 3) Peoples China, Vol. IV, No.5, 1. Sept. 1951; Supplement, S.5-7.
- 4) An Open Letter to the Japanese People, ibid.S.8-9.
- 5) Foreign Minister Chou En-lai's Statement on the U.S. - Japan "Peace Treaty", Peoples China, 1952, No.10, S.46.
- 6) Erstes chinesisch-japanisches Handelsübereinkommen, Peking, 1.6.1952. Übersetzt in: Verträge der Volksrepublik China mit anderen Staaten, Teil I: Süd- und Ostasien; bearbeitet im Institut für Asienkunde, Hamburg-Berlin (Alfred Metzner Verlag) 1962; S.136-138.  
Das zweite Handelsabkommen wurde am 29.10.1953 ebenfalls in Peking abgeschlossen. Dazwischen gab es zwei Verlängerungsprotokolle (op. cit. S.138).
- 7) Sino-Soviet Joint Declaration on Relations with Japan, October 12, 1954. Peoples China, Supplement, 1. Nov. 1954.
- 8) cf. Shao Chuan Leng: Japan and Communist China. Kyoto (Doshisha University Press) 1958; S.7.
- 9) Regierungserklärung vom 22.1.1955, cf. Asahi Shimbun, 23.1.1955; S.1.
- 10) Erklärung vom 20.1.1955, cf. Asahi Shimbun, 21.1.; S.1.
- 11) "Gemeinsame Erklärung Japans und der Sowjetunion" vom 19. Oktober 1956.
- 12) Abkommen zwischen dem chinesischen Fischereiverband der Volksrepublik China und der japanisch-chinesischen Fischereivereinigung Japans über den Fischfang im Gelben Meer und im Ostmeer, unterzeichnet in Peking am 15.4.1955. cf. Verträge der VRCh ..., Teil I, S.150 ff.
- 13) cf. People's China, 1955/7; S.36 (Artikel von Ta-kung-pao, 2.3., und Kuang-ming jih-pao, 18.3.)
- 14) Leng, op.cit., S.15.
- 15) Zit.: Contemporary Japan, Vol.25, Nr.1, Sept. 1957; S.164.
- 16) Japan Statistical Yearbook, 1954 und 1964.
- 17) Text: Contemporary Japan, Vol.26, Nr.3, Mai 1960, S.564-565.
- 18) "Chinese Foreign Ministry Statement on Japan - U.S. Military Alliance" und "Firmly Oppose the

- Japan - U.S. Military Alliance", JMJP 14., 15.1.1960; beide in Peking Revue vom 19.1.1960, S.6 ff.
- 19) Zit. nach Chugoku nenkan 1961; Chugoku kenkyu-sho, Tokyo 1961.
- 20) Premier Chou En-lai on Sino-Japanese Trade Principles; Peking Review, 14.8.1960, S.25 f.
- 21) George P. Jan: "Japans Trade with Communist

- China" in: Asian Survey, 1969, S.900 ff.
- 22) Shin-Chugoku Nenkan, Hrsg.: Chugoku Kenkyu-sho, Tokyo 1969, S.179.
- 23) Shin-Chugoku Nenkan, 1967.
- 24) So Chou En-lai am 19.4.1970; JT 21.4.1970, S.1.
- 25) Hatano Hirokazu: "Hawks in the China Shop" in: Japan Quarterly, 1970/1, S.253 ff.

## Deutsche China-Gesellschaft

Unseren Bericht (C.a. Juli 72, S.47) möchten wir in folgenden Punkten ergänzen:

Die 1957 gegründete Deutsche China-Gesellschaft, e.V., (DCG) ist nach ihrer Satzung

" ein parteipolitisch, weltanschaulich und konfessionell ungebundener, gemeinnütziger Verein. Alleiniges Ziel des Vereines ist die Völkerverständigung durch Förderung der Beziehungen zwischen dem deutschen und dem chinesischen Volk."

Die DCG will möglichst alle Bevölkerungsschichten erfassen. Sie ist "China"-freundlich und hält den "Maoismus" in Übereinstimmung mit dem chinesischen Selbstverständnis nicht für einen Exportartikel Chinas.

Erster Vorsitzender ist zur Zeit ihr Mitgründer Hermann Schwann, der 1956 als erster und -vor Schröder- einziger Bundestagsabgeordneter (FDP) auf eigene Initiative und Kosten in Peking war und dort z.B. auch die Freilassung der deutschen Gefangenen bewirkt hat.

Seit dem 1. August 1972 werden die Geschäfte der DCG von dem Vorstandsmitglied Dr. Reinbothe, Köln, ge-

führt, der auch das in 2monatigen Abständen erscheinende Mitteilungsblatt herausgibt, das aus Spenden einzelner Mitglieder finanziert wird.

Die DCG hat niemals öffentliche Mittel in der Bundesrepublik, geschweige denn aus China erhalten. MDB Majonica konnte vor dem Oberlandesgericht Köln 1963 den gegenteiligen Vorwurf nicht mehr aufrechterhalten.

Trotzdem hat der Societäts-Verlag in dem im Juli-Heft zitierten, aus nachrichtendienstlichem Material zusammengestellten Buch "Die Maoisten" diese Behauptung wiederholt. Wie die DCG uns mitteilt, hat sie gerichtliche Schritte gegen den Verlag nur deshalb unterlassen, weil dieser zusicherte, eine weitere Auflage des Buches nicht vorzunehmen.

Das Mitteilungsblatt der DCG beschäftigt sich in erster Linie mit den Beziehungen beider Länder, und zwar auch kritisch, und bringt auch Originalbeiträge aus China. So wurde z.B. im Mitteilungsblatt Nr. 2/72 ein Auszug aus Kuo Mo-jo "Gespräche zwischen Marx und Konfuzius" in der Übersetzung von Wolfgang Bauer und in Nr. 3/72 ein Auszug aus den Schriften Tilemann Grimms mit Übersetzungen von zwei Gedichtpaaren "Mao Tse-tung antwortet Kuo Mo-jo" erstmals veröffentlicht. ■■■■

## Berichtigung

Aufgrund einer Zuschrift von Frau Dr. Anneliese Martens können wir die im Zusammenhang mit der "Deutschland-Dokumentation" gemachten Angaben über Wang P'ing-nan (C.a. Juli 72, S.45) berichtigen.

Wang P'ing-nan studierte von 1931 - 36 in Deutschland und ist seit 1925 Mitglied der KPCh.

Dies ist eine Korrektur und Ergänzung zu den Angaben über Wang in "Who's Who in Communist China", Hong Kong 1970, Union Research Institute.